

**Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ / Situation der ländlichen Räume in Brandenburg**

Der Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ / Situation der ländlichen Räume in Brandenburg (Landtag Brandenburg Drucksache 7/7475) wird grundsätzlich begrüßt, da er einerseits versucht, den Status Quo in den ländlichen Regionen Brandenburgs darzustellen und damit die Möglichkeit bietet, sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen damit auseinanderzusetzen. Damit verbinden wir das Ziel, Erreichtes positiv darzustellen, aber auch noch offene Problematiken klar zu benennen, um dann gemeinsam an Lösungen für ein noch besseres Miteinander zu arbeiten.

Wir möchten zugleich unsere Freude zu Ausdruck bringen, dass der Abschlussbericht der Enquete-Kommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ es nicht nur in die derzeitige Legislaturperiode geschafft hat, sondern eine Reihe von Inhalten daraus umgesetzt wurden sowie dieser immer noch Arbeitsgrundlage darstellt.

\*\*\*

LEADER mit den damit verbundenen lokalen Aktionsgruppen (LAG) vor Ort sind ein wichtiges und bewährtes Element der Unterstützung von Entwicklungsprozessen im ländlichen Raum. Dies spiegelt sich im vorliegenden Bericht nur ungenügend wider und beschränkt sich weitestgehend auf die reine Förderung. Die LAGen sind mit ihrem LEADER-Ansatz und den vielfältigen Vernetzungen haben auf regionaler Ebene jedoch wesentlich tiefgreifendere Funktionalitäten und sollten von der Landesregierung intensiver in den Blick genommen und in die fachliche Arbeit einbezogen werden.

Die Kürzung der Mittel für die derzeitige Förderperiode, verbunden mit der aktuellen Streichung der geplanten GAK-Regionalbudgets, wird als sehr hinderlich/einschränkend betrachtet, da damit der Gestaltungsspielraum der (dörflichen) Gemeinschaften weiter eingeschränkt wird. Dies widerspricht somit dem Grundgedanken der seinerzeit eingesetzten Enquetekommission.

Auch wenn es in der Vergangenheit eine Reihe von Vereinfachungen in der Fördermittellandschaft im Land Brandenburg gegeben hat, so werden diese noch als nicht ausreichend betrachtet, da viele kleine Kommunen/Ämter und Ehrenamtler mit den derzeit existierenden Fördermittelstrukturen und den damit verbundenen Prozessen schlechtweg überfordert sind und somit diese, zumindest teilweise, nur begrenzt nutzen können. Bürokratieabbau auf der kommunalen Ebene in großem Stil, würden den Kommunen nicht nur mehr Luft zum Arbeiten und Gestalten verschaffen, sondern auch dazu beitragen können, dass in den Kommunen und im Ehrenamt viel Frustration beseitigt würde.

In diesem Zusammenhang hat sich das Forum ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg sehr bewährt und bietet verschiedensten Akteuren des gesellschaftlichen Lebens in Brandenburg vielfältige Angebote der Fortbildung und des Austausches. Diese Bildungsangebote sollten dezentral weiter ausgebaut werden, wohlwissend, dass damit Kosten verbunden sind. Diese Kosten sind jedoch bestens angelegt und amortisieren sich ideell und materiell in der damit verbundenen eigenverantwortlichen Ausgestaltung des kommunalen Lebens in den ländlichen Regionen.

Begrüßt wird die Einführung des Ortsteilbudgets, welches erst freiwillig und 2021 verbindlich geschaffen wurde und den Ortsteilen in kleinem Rahmen die Möglichkeit gewährt, in gewissem Rahmen eigenständige Entscheidungen zu treffen und umzusetzen, was die Identität und das demokratische Verständnis für eine Entscheidungskompetenz der Gemeinschaft stärkt.

Weitere Elemente zu Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Möglichkeit von mehr Eigenständigkeit in den Ortsteilen sind im jetzigen Entwurf der Neufassung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg enthalten, welche sich derzeit in der Beratung im Landtag befindet. Wir haben auch dazu bereits explizit Stellung nehmen dürfen.

Schön ist, dass auch der Landesregierung auffällt, dass es den Begriff Dorf in den amtlichen Statistiken nicht gibt. Den Begriff Dorf gibt nicht im juristischen Bereich unseres Landes, was aus unserer Sicht einer Änderung bedarf und zwar nicht nur für Statistiken. Das Dorf ist für viele Menschen Heimat und Inbegriff von Identifikation. Es wird als übliche Beschreibung einer kommunalen Struktur im allgemeinen Sprachgebrauch verwendet. Dies gilt es Rechnung zu tragen und zugleich kann damit dem Gefühl von „Abgehängtheit“ entgegengewirkt werden. Bürgerschaftliches Engagement kann am Besten direkt vor Ort geweckt werden und wir alle wissen, dass wir davon sehr viel benötigen, um ein gutes Zusammenleben aller in den Kommunen zu erreichen.

In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, dass die Landesregierung es nicht erwähnenswert findet, dass – mit Unterstützung der Landtagspräsidentin, der Landeszentrale für Politische Bildung und des MLUK – die im Koalitionsvertrag benannte Dorfbewegung Brandenburg – Netzwerk lebendiger Dörfer e.V. sich strukturell entwickeln konnte und derzeit bereits das 2. Parlament der Dörfer Brandenburgs in Vorbereitung ist.

Das Ehrenamt ist ein unerlässlicher Bestandteil in unserem Land und gerade im ländlichen Raum vielfach existenzsichernd für das gesellschaftliche Leben in den Dörfern. Teilweise werden nicht unerhebliche Teile der Daseinsvorsorge in den Kommunen durch das Ehrenamt gestärkt oder gar ganz ausgeführt. Hier sind die bisherigen Anstrengungen zu begrüßen. Es bedarf jedoch mehr Unterstützung und Akzeptanz, nicht nur durch Ehrungen und Danksagungen, sondern auch durch Vereinfachung und Unterstützung der Tätigkeiten des Ehrenamtes. Dazu hat die aktuelle Ehrenamtsstudie für das Land Brandenburg auskömmliche Hinweise geliefert.

Das Format der Landtagspräsidentin „Sie haben das Wort“ ist eine wertschätzende Veranstaltung, die viel positive Resonanz bei den Gremienvertretern findet. Sie sollte eine feste wiederkehrende Instanz werden, denn hierbei wird das Ehrenamt direkt angesprochen und auch angehört. Dies ist gelebte Partizipation, wie sie ebenfalls im Format ‚Parlament der Dörfer‘ umgesetzt wird.

Die Einführung des § 18a zur Kinder- und Jugendbeteiligung in die Brandenburgische Kommunalverfassung sehen wir als einen wichtigen Meilenstein für mehr Partizipation aller Bürger:innen. Hier gilt es aber, auf allen Ebenen diese Gesetzesgrundlage noch besser, vor allem kind- und jugendgerecht, mit Leben zu erfüllen.

Die Digitalisierung kommt durchaus in Teilen voran. Aber gerade in den abgelegeneren Gebieten des ländlichen Raumes ist die Erschließung mit Glasfaserkabel, als Grundlage der Digitalisierung, in sehr unterschiedlichen Stadien. Gleiches gilt für den Mobilfunk. Ein einfacher Zugang zum schnellen Internet ist im digitalen Zeitalter als Grundrecht zu bezeichnen und nicht nur für die private Nutzung, sondern auch für Schule und Beruf notwendig. Für eine Reihe von Unternehmen stellt dies sogar eine Existenzgefährdung dar. Zumal das Homeoffice auch im ländlichen Bereich zunehmend gefragt ist und ein Punkt bei der Entscheidung vieler wegen der Attraktivität in den ländlichen Raum zu ziehen. Hier sind sowohl auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene weiterhin entschiedene Anstrengungen zu unternehmen, um Abhilfe zu schaffen.

Aber auch die Optimierung von Verwaltungsprozessen gehört dazu, denn gerade für kleinere Kommunen und Verwaltungen kann durch die Digitalisierung ein erheblicher Mehrwert geschaffen werden, sei es durch ein besseres Dienstleistungsangebot für die Bürger oder Beschleunigung von Vorgängen, was eine Erhöhung von Effektivität und Umfang der Arbeitsergebnisse erbringen kann.

Der Zugang zu digitalen Tools sollte auch dem Ehrenamt erleichtert werden und fester Bestandteil von Ausbildungs- und Förderprogrammen sein.

Die Themen Kita, Schule, Gesundheit, Pflege und Schaffung von nachhaltigen Wertschöpfungsketten stellen große Herausforderungen an den ländlichen Raum. Dies nicht zuletzt in Hinblick auf den gravierenden Fachkräftemangel, der nur durch Anstrengungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen langfristig bewältigt werden kann und unterschiedlichster innovativer Ideen/Vorhaben bedarf. Hier sind die Lokalen Aktionsgruppen vielerorts bereits sehr engagiert und sollten bei der Entwicklung entsprechender Ansätze aufgrund ihrer engen Vernetzung vor Ort und der langjährigen fachlichen Expertise ihrer Regionalmanagements dringend einbezogen werden, was derzeit nur in Teilen erfolgt.

Die Schaffung von kleinen regionalen Wertschöpfungsketten vor Ort bzw. in der Region ist sowohl nachhaltig, als auch identitätsstiftend und sollte daher mehr in die Betrachtung geraten.

Der „Pakt für Pflege“ wirkt sich bis in dörfliche Strukturen aus und sollte nachhaltig verstetigt werden, um die entwickelten Ansätze schrittweise zu fest zu etablieren.

Zuzug im ländlichen Raum, durch „raus aus der Stadt“ ist begrüßenswert, vor allem in Hinsicht der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum, kann die Kommunen jedoch schnell an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit bringen, wenn keine geeigneten oder zu gering ausgestattete Programme zur Flankierung des Ausbaus der kommunalen Grundausstattung zur Verfügung stehen. Der Ausbau der grundfunktionalen Zentren in Zahl und Qualität kann hier ein guter Lösungsansatz sein.

Es ist sehr zu begrüßen, dass in der Energiestrategie 2040 Bürgerbeteiligungsmodelle berücksichtigt wurden. Vor dem Hintergrund der erheblichen zusätzlichen Belastungen für die Kommunen durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien sollten dringlich weitere Maßnahmen seitens der Landesregierung unternommen werden, um die Verwaltungen und Gremien bei Planungsprozessen zu unterstützen, um durch die Ausbaugeschwindigkeit forcierte inhaltliche unausgereifte Entscheidungen zu vermeiden. Die Bürger:innen vor Ort müssen zwingend durch geeignete Dialogformate über die politischen Prozesse informiert und in die Entwicklung einbezogen werden. Die derzeit in den Regionalen Planungsgemeinschaften bestehenden Stellen für eine Umsetzung und Beratung im Bereich Erneuerbare Energien, Regionales Energiekonzept, Unterstützung von Energieprojekten, – sollten unbedingt weitergeführt werden und um die wichtige Aufgabe der kommunalen Wärmeplanung ergänzt werden.

\*\*\*

Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, auch weiterhin immer wieder den Abschlussbericht der Enquete-Kommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ als Arbeitsinstrument „hervorzuholen“, auf Erreichtes zu prüfen, weitere Schritte für eine gute Umsetzung einzuleiten und alles bitte auch über diese Legislaturperiode hinaus.

Abschließend wird nochmals angemerkt, dass die Dorfbewegung Brandenburg – Netzwerk lebendiger Dörfer e.V. bisher nicht zum Verteiler zur Unterrichtung gem. Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg gehört.

Die Dorfbewegung Brandenburg mit ihrem landesweiten Dialogangebot des Parlamentes der Dörfer versteht sich als gemeinsame Stimme der Dörfer. Deshalb wäre es ein gutes Zeichen für mehr Demokratie, Partizipation und Wertschätzung, wenn zukünftig die Dörfer über die Dorfbewegung Brandenburg in solche Prozesse direkt einbezogen werden, soweit es ihre Belange betrifft. Wir bitten erneut um eine entsprechend wohlwollende Prüfung und Umsetzung.